

Evelyn Schötz, c/o DIE LINKE. Bayern
Äußere Cramer-Klett-Str. 11 – 13, 90489 Nürnberg

Herrn Landrat
Armin Kroder
Landratsamt Nürnberger Land
91207 Lauf an der Pegnitz

Evelyn Schötz
Kreisrätin
evelyn.schoetz@dielinke-kvnland.de
www.dielinke-kvnland.de/kreistag
Evelyn Schötz
c/o DIE LINKE. Bayern
Äußere Cramer-Klett-Str. 11 - 13
90489 Nürnberg
Antworten bitte per E-Mail.

**Antrag zur dringlichen Behandlung in der Sitzung des Kreistages am 04.05.2020:
Gesundheitsversorgung in Zeiten der Corona-Krise im Nürnberger Land sicherstellen**

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Kreistag möge beschließen bzw. sich für folgendes einsetzen:

Für die Kliniken im Nürnberger Land:

1. Das Klinikum Hersbruck wird schnellstmöglich wieder in Betrieb genommen und auch nach der Krise regulär weiterbetrieben.
2. Die Beschäftigten inkl. Auszubildende des Kliniken erhalten ab sofort bis zum Ende der Corona – Krise eine Gehaltszulage in Höhe von 500€. Insbesondere in der Pflege soll diese dazu dienen, Anreize für (zeitweilige) Berufsrückkehrer:innen zu schaffen.
3. Die Servicebeschäftigten, wie z. B. Reinigungskräfte der Kliniken, werden ab sofort nach Tarif des Öffentlichen Dienstes bezahlt.
4. Die zu leistende m²-Zahl der Reinigungskräfte wird sukzessive reduziert. Dafür werden zusätzliche Reinigungskräfte eingestellt.
5. Arbeitsbedingungen und Maßnahmen des Gesundheitsschutzes für das Personal werden verbessert, indem nicht unbedingt notwendige Arbeiten ausgesetzt werden und dafür gesorgt wird, dass Pausen und Arbeitszeiten eingehalten werden können.
6. Jegliche erforderliche Mehrarbeit muss abgegolten werden. Die Beschäftigten erhalten das Wahlrecht, ob sie diese in Freizeit oder Geld abgelten. Mittelfristig wird eine personelle Aufstockung erfolgen. Arbeitszeitkonten werden nicht gekappt.
7. Die Mindesthygienestandards müssen für alle weiterhin Beschäftigten gerade im Bereich der Grundversorgung garantiert werden (Zeitkontingente für Handdesinfektion etc.).
8. Die Kliniken stellen die Verfügbarkeit von Hygieneprodukten und Schutzkleidung sicher.
9. Die Kliniken stellen die gleichwertige medizinische Versorgung für Menschen ohne oder mit nur eingeschränktem Krankenversicherungsschutz sicher.

10. Beschäftigte, die mit Patient:innen aus Coronavirus-Risikogruppen arbeiten, werden mehrmals die Woche auf Corona getestet.

Für die Altenpflegeeinrichtungen im Landkreis:

1. Die Beschäftigten inkl. Auszubildende erhalten ab sofort bis zum Ende der Corona – Krise eine Gehaltszulage in Höhe von 500€. Insbesondere in der Pflege soll diese dazu dienen, Anreize für (zeitweilige) Berufsrückkehrer:innen zu schaffen.
2. Die zu leistende m²-Zahl der Reinigungskräfte wird sukzessive reduziert. Dafür werden zusätzliche Reinigungskräfte eingestellt.
3. Arbeitsbedingungen und Maßnahmen des Gesundheitsschutzes für das Personal werden verbessert, indem dafür gesorgt wird, dass Pausen und Arbeitszeiten eingehalten werden können.
4. Jegliche erforderliche Mehrarbeit muss abgegolten werden. Die Beschäftigten erhalten das Wahlrecht, ob sie diese in Freizeit oder Geld abgelden. Arbeitszeitkonten werden nicht gekappt.
5. Die Mindesthygienestandards müssen für alle Beschäftigten garantiert werden (Zeitkontingente für Handdesinfektion etc.).
6. Der Landkreis und sein Gesundheitsamt beziehen alle Altenpflegeeinrichtungen in den Pandemieplan mit ein. Sie stellen die Verfügbarkeit von Hygieneprodukten und Schutzkleidung sicher.
7. Die Beschäftigten in den Altenpflegeeinrichtungen, werden mehrmals die Woche auf Corona getestet.

Für die häusliche Kranken- und Altenpflege sowie freiberufliche Hebammen:

1. Der Landkreis und sein Gesundheitsamt beziehen die häusliche und mobile Kranken- und Altenpflege sowie freiberufliche Hebammen in den Pandemieplan mit ein. Das Gesundheitsamt stellt die Ausstattung mit z.B. Schutzkleidung wie bei stationärer Betreuung sicher.
2. Beschäftigte in der häuslichen und mobilen Kranken- und Altenpflege sowie freiberufliche Hebammen, werden mindestens einmal in der Woche auf Corona getestet.

Begründung:

Die Corona-Pandemie macht umfassendes Handeln auf allen politischen Ebenen erforderlich. Dabei muss insbesondere die Sicherheit der Beschäftigten und der Schutz der Patient:innen verstärkt in den Blick genommen werden. Die oben beschriebenen Sofortmaßnahmen müssen deshalb aus meiner Sicht zwingend erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen



Evelyn Schötz